

so seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entwaffnung beziehen. Aus Rücksichtgefühl und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Militärischen in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifiziert lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden. Am 25. Februar in London mit dem Vertreter der alliierten Mächte zusammen zu kommen. Das Kommissariat stellt abhandelt, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entscheidungen in der nächststen und engsten Einseitigkeit und im Einvernehmen erfolgt sind.

Der Eindruck in Berlin.

In politischen Kreisen Berlins ist man der Ansicht, daß Frankreich mit der Annahme seines Erdrosselungsprogramms entgegen der großen Eile hatte, weil es damit noch einen Druck auf die oberflächliche Volksstimmung zu Gunsten Bolens ausüben wollte. Daß sich Frankreich dabei einer großen Selbstaufopferung hingibt, ist in Deutschland, besonders aber auch in der Öffentlichkeit jedem klar. Denn die in Paris beschlossene Summe ist etwas derart Unmögliches, daß kein vernünftiger Mensch sie ernst nimmt. Niemand man sie ernst nehmen, würde das den Zusammenbruch Europas bedeuten und von allen Ländern würde dann Vollen, das sich heute nur mit Mühe über Wasser hält, zuerst zusammensinken.

Die triumphierende Pariser Presse.

Der „Matin“ überschreibt seinen gestrigen Artikel „Kölnter Uebereinstimmung zwischen den Alliierten in allen Fragen“ und resumiert die Erfolge der Konferenz folgendermaßen: 1. Entwaffnung Deutschlands nach den Vorschlägen Bolens wird gefordert. 2. Das Problem der Wiederherstellung wird so gut wie es nach einem weniger guten Vertrag (Verfall) möglich ist, gelöst. 3. Eine Methode ist gefunden, um Österreich zu helfen. 4. Die Rohstofflieferungen sind so bestimmt worden, wie sie künftig erfolgen sollen. 5. Eine griechisch-türkische Konferenz für die Wiederherstellung des Friedens im Orient ist anberaumt worden. 6. Schließlich sind Sanktionen ins Auge gefaßt worden für den Fall, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhält. Der „Matin“ bemerkt hierzu, daß noch mehrere Einzelheiten folgen. „Leit Parisien“ schreibt: Der gestrige Tag war vielleicht der glücklichste und lebenslang der bedeutendste, den wir seit dem Waffenstillstand gehabt haben. — Der „Gelair“ sagt: Die Vänder der deutschen Propaganda, unter den Alliierten Spielball zu sein, haben völliges Fiasko erlitten. Der gestrige Tag war ein moralischer Sieg für uns.

Der verächtlichere Floyd George.

Eine Privatmeldung des Pariser Korrespondenten der „Völker Nationalzeitung“ besagt, daß sich Floyd George Pariser Journalisten gegenüber dahin geäußert haben soll: Plan mit den Deutschen, nun geht, was Ihr letzten Punkt. Ergeben sich dann Umstände, so sind wir bereit, dies anzuerkennen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Rupp hofft auf gute Handelsbeziehungen. Der Berliner Vertreter der Sowjetregierung Rupp erklärte in Frage einem Vertreter der letzten Telegraphen-Agentur, die Frage der offiziellen Anerkennung einer russischen Handelsdelegation durch die deutsche Regierung sei bereits als entschieden anzusehen. Rupp habe alle Zuversicht, daß die Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland auf eine breite Grundlage gestellt werden.

Ausprache über die Arbeitsbeschaffung. Unter dem Vorsitz des Herrn Reichsfängers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Arbeitsminister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstages fand gestern eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Abgesehen von der überaus ernsten Lage auf dem Arbeitsmarkt anerkannt und betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ergreifen sollten. Die Erörterung setzte Möglichkeiten dafür, insbesondere auf dem Arbeitsgebiete des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wo sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfaktoren betrieben werden. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die Forderung der Unantastbarkeit. Auch die Zukunftsansichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus dem Kreis der Gewerkschaften wurde auch die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kreisarbeit, sowie die Frage des Wechsels der Belegschaft zur Erörterung gestellt. Sämtliche Anreden waren von den in Betracht kommenden Behörden nachsichtlich und schmeichelhaft verfaßt worden.

Die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Dem Reichstag ist bei der Debatte bereits mehrfach besprochene Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (meist als „Wohnsteuer“ bezeichnet) zugegangen, welche die Beschaffung der Mittel für die weitere Unterhaltung der Bautätigkeit sichern soll. Der Entwurf sieht vor, daß die Länder zur Vergütung und Tilgung der Mittel, die sie zur Bewährung von Baukostenzuschüssen aufwenden, eine Abgabe in Höhe von 6 v. H. des Mietwerts von 1914 — also nicht der heutigen gesteigerten Mieten — von den bebauten Grundstücken (nicht nur von Wohngebäuden, sondern auch von Läden, Geschäftsräumen, Werkstätten, Fabriken und herabzulehnen) erheben. Die Gemeinden sollen Beiträge in gleicher Höhe für den gleichen Zweck erheben. Befreit von der Abgabe sind öffentliche und gemeinnützige Gebäude, ferner alle Abgabepflichtigen mit geringen Einkommen (die Grenze schwankt zwischen 6000 und 9000 M. je nach den Ortsklassen). Neubauten dürfen mit Mitteln aus der Abgabe nur unterstützt werden, wenn Sicherheit gegen spekulative Ausnützung gegeben ist. Der Reichsrat hat eine abweichende Vorlage beschlossene, welche vor allem die Ausbringung der Mittel statt durch die von der Reichsregierung vorgeschlagene Abgabe durch eine landesrechtliche Grundsteuer ermöglche soll. Die Reichsregierung hält jedoch an ihrem Entwurf fest, da die vom Reichsrat vorgeschlagene Lösung die dringend notwendige baldige Beschaffung der Gelder für die Regelung der Bautätigkeit verzögern werde und außerdem bei der Heranziehung der Grundsteuer die im Entwurf der Reichsregierung enthaltenen sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht genügend berücksichtigt sind. Dem Reichstag sind daher getrennte Vorlagen der Reichsregierung und des Reichsrates zugegangen.

Mexiko.

Aufnahmeverbereitungen für deutsche Kolonisten. Dasas meldet aus Monterrey in Mexiko: Die mexikanische Regierung hat die notwendigen Vorbereitungen getroffen, um 100000 deutsche Kolonisten aufzunehmen.

Verlisses und Sächsisches.

Mies, den 31. Januar 1921.

Mitteilungen aus der Ratifizierung am 27. Januar 1921.

1. Der vom Stadtverordnetenkollegium in seiner letzten Sitzung beschlossene Abänderung der Bestimmungen in Punkt 2 des 7. Nachtrags zur Gemeindesteuerverordnung, Zusatzsteuer von reichssteuerfreien Einkommensteuern betr., stimmt der Rat zu und beschließt, einen

bis dem Verhältnisse entsprechend aufgestellten 10. Nachtrag zur Gewerbesteuer einzubringen.

2. Den Beschlüssen der sächsischen Regierung über Erhebung der Gebühren für die Revisionen der Schornsteine gemäß § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Schornsteineigentümer festgestellt worden, der genehmigt wurde.

3. Für Erhebung der sächsischen Grundsteuer, was es werden die Gebühren wie folgt erhöht: 1.40 M. für einmahliges Wachen beladen oder leer, 2.50 M. für zweimaliges Wachen beladen und leer.

4. Es wird den Vorschlägen der Oberrealienkommission und des Oberrealienausschusses entsprechend die Errichtung einer neuen sächsischen Werkskammer an der Oberrealienstraße 1, 2. ab 1. Januar 1921 beschließen, da nach den bestehenden Grundbesitz die Zahl der vorhandenen sächsischen Stellen unzureichend ist.

5. Mit Rücksicht darauf, daß auch die Schmelzwerkstätten der Erwerbslosen eine einmalige Lohnschneidbeihilfe genöht, Erträge zu diesem Zwecke eine Sammlung veranstaltet, obgleich aber die laufenden Beihilfen erhöht hat, beschließt der Rat, den in Mies endgültig unternehmensberechtigten Erwerbslosen, die am 31. Jan. 1921 sechs Wochen erwerbslos waren und ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben, eine einmalige Beihilfe, die als Winterbeihilfe anzusprechen ist, nach folgenden Sätzen zu gewähren: ein Ehepaar 100 M., eine ledige oder sonst alleinstehende Person 50 M. und für jedes Kind 25 M. Die erforderlichen Mittel werden aus Konto 40 des diesjährigen Haushaltsplans bewilligt.

6. Der aufgestellte Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1920 wird, soweit einzelne Abschnitte nicht schon verabschiedet sind, genehmigt.

7. Um die wädlige Einstellung des Straßenbahnbetriebes zu vermeiden, beschließt man, der Straßenbahngesellschaft den Verlust der Gesellschaft vom Jahre 1920 in Höhe von 5998.50 M. zu ersetzen und ihr für das Jahr 1921 an Kosten des Haushaltsplans 1921/22 einen Zuschuß von 6000 M. zu erwidern.

Zu den Punkten 2, 4, 6, 7 ist die Zustimmung des Stadtverordnetenkollegiums erforderlich. Hierüber werden noch 25 Punkte beraten.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl. Die gestern hier vorgenommene Stadtverordnetenwahl hatte folgendes Ergebnis:

Wahlbezirk	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wähler	Wähler	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlberechtigte
1. Bezirk (Germannia)	1048	779	118	58	294	307	14
2. „ (Kronprinz)	1924	1441	407	308	433	274	21
3. „ (Köpnicker)	1135	918	198	128	350	216	10
4. „ (Wettiner Hof)	1414	1023	370	324	290	129	10
5. „ (Waldstraße)	2291	1683	454	447	516	227	27
6. „ (Schillerstr.)	1400	845	122	177	223	115	9
Zusammen	9218	6489	1564	1486	2076	1276	97

Nach diesem vorläufigen Resultat — die amtliche Feststellung des Ergebnisses findet erst heute abend statt — dürften erbalten: Die Liste Mendes (bürgerl.) 5 Sitze, die Liste Winkler (bürgerl.) 4 Sitze, die Liste Schönborn (Soz.) 7 Sitze und die Liste Beier (Unabh. Soz.) 4 Sitze, während die Kommunisten (Liste Diekmann) leer ausgingen. Es wurden demnach in das neue Stadtverordnetenkollegium 4 bürgerliche und 11 sozialistische Vertreter eingezogen, und zwar

von Liste Mendes:

Mendes, Karl, Oberlehrer
Wiegand, Fedor, Fleischermeister
Hornmann, Adolf, Kaufmann
Müller, Paul, Stellmachermeister
Höfberg, Wolbemar, Bäckermeister;

von Liste Winkler:

Winkler, Ernst, Kaufmann
Träger, Carl, Ober-Handelsbesitzer
Hörber, Hugo, Mühlbesitzer
Schumann, Paul, Studienrat;

von Liste Schönborn:

Schönborn, Karl, Kolporteur
Küntzer, Gerhart, Lehrer
Schneider, Max, Schlosser
Schlumpert, Bertha, Baustrom
Mehrborn, Alfred, Postbeamter
Gäumig, Max, Lehrer
Illgen, Hermann, Schneidemeister;

von Liste Beier:

Beier, Hermann, Gewerkschaftsbeamter
Johne, Johannes, Handlungsgeld
Dobersch, Otto, Gewerkschaftsbeamter
Klemm, Erwin, Hausbesitzer.

Im alten Stadtverordnetenkollegium hatten die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten je 10 Sitze inne. Die gestrige Wahl hat entschieden für die Bürgerlichen die Lage verschlechtert. Wäre dies Ergebnis auf Grund einer normalen Wahlbeteiligung zustande gekommen, so würde man sich auf bürgerlicher Seite höchst leichteres mit ihm abzufinden wissen, weil man sich dann wenigstens klaren Verhältnissen gegenüber sehen würde. Die Wahlbeteiligung ist getrennt aber außerordentlich schlecht gewesen. Ein ganzes Drittel der Wahlberechtigten ist nicht an der Wahlurne erschienen, und es muß angenommen werden, daß die Mehrzahl dieser Wähler und Wählerinnen der bürgerlichen Seite angehört. Bei der Landtagswahl im November d. J. wurden in Mies 8807 bürgerliche Stimmen abgegeben, also rund 800 mehr als gestern. Dieses Verhalten von vieler bürgerlichen Wähler macht natürlich für die Bürgerlichen den Ausgang der Wahl doppelt bedauerlich. Gegenüber der letzten Landtagswahl haben allerdings auch die sozialistischen Stimmen abgenommen, aber nur um etwa rund 200. Die Bürgerlichen waren den Sozialisten bei der letzten Landtagswahl um etwa 120 Stimmen voraus. Eine erhebliche Einbuße an Stimmen haben auch die Kommunisten erlitten, die es nur auf 97 Stimmen brachten, nachdem sie bei der letzten Landtagswahl 215 Anhänger in unserer Stadt hatten zählen können. Es werden sicherlich auf einen Sitz im Stadtverordnetenkollegium gestrichelt haben. — Von dem gestern Gemählten sind 9 wieder- und 11 neu gewählt. — Die Wähler normaler Weise darauf hinweisen, daß das vorstehend mitgeteilte Ergebnis nur ein vorläufiges ist.

Auf der Opernaufführung am Mittwoch im Hotel Köpnicker sei nochmals aufmerksam gemacht. Das dortige Ballett eine wahre Perle der Stadt. Es ist gerade am Sonntag, dem 16. August 1921, als eine wandernde Volksoperantroppe in einem kleinen Orte Calabriens eine Vorstellung gab, deren Ausgang durch die rasende Eifersucht des Hauptspielers Balasso zu seiner Wunden und jungen Frau Vedda anhaltend Komödie zu werden, Wirklichkeit wurde, indem sich der heimliche Liebhaber durch Veddas Eifersucht auf der Bühne unter den Zuschauern verriet und sie der Wunde der Operndiva Balasso's in die Arme ließ und tot unter dem ersten Dolchstoß Balasso's zu Boden fiel. Am dem gewöhnlichen

wordenen Prolog zum „Bajazzo“ den Tonteil hat, indem es die Worte an „mein Brut“ der Dichter sich aus dem Leben schaurig Wahrheit — denn nicht die Wunden allein sind der Riese der Kunst! Und am Ende rufft die Seele von Sarkastischem Böhm von der Bühne: „gebt ruhig beim, das Spiel ist aus!“ Es ist zu empfehlen, sich neben dem Textbuch zum „Bajazzo“ vertraut zu machen, um so einen noch größeren Genuß von diesem farbenprächtigen Kulturprogramm des neueren italienischen Operntheaters zu haben. — Kammerängerin Gertraud Berdow von der Sächsischen Oper wird in der sächsischen Bauerntheater am Mittwoch als Cantarina mitwirken.

Vortragabend. Wie aus dem Angelegenheit verläufiger Nr. ersichtlich, hält der Gewerbeverein nächsten Mittwoch wieder einen seiner beliebten Lichtbildvorträge ab. Die Lichtbilder zeigen Aufnahmen der herrlichen Schweiz und des Ober-Engadins und sind eigene Aufnahmen des verstorbenen Herrn Malor Härtel. Der Text ist verfaßt von Herrn Iwan Schönebaum, mit dessen Genehmigung der Vortrag gehalten wird. Es sei auch an dieser Stelle nochmals auf den Vortrag, dessen Besuch sehr zu empfehlen ist, hingewiesen. Gönne ihn mitkommen.

Operantika — Grupo Piffa. Am Montag, den 24. Januar fand im Café Wolf die Jahreshauptversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ergab sich eine erfreuliche Entwicklung des Vereins, dessen Mitgliederzahl von 55 auf 65 anwuchs. Der Kassenericht schloß mit einigen Worten über den Bericht ab. Der Bericht des Kassenerichtes wurde als Haupterwerbungs einen Bücher-Schatz. Die Bücherliste ist verabschiedet worden, so daß sie jetzt ein wertvolles und reichhaltiges Fortbildungsmittel darstellt. Bei den Wahlen ist der Gesamtvorstand wiedergewählt und als 2. Schriftführer Herr Gustav Wähne einstimmig gewählt worden. Die von Mitgliederbeiträge Steuererhöhung von — 50 M. auf 1. — M. pro Monat, die über die Lösung des Vorstandes hinaus angenommen wurde, fließt die Grundbasis zu weitgehenden Maßnahmen für das neue Vereinsjahr. Es werden 20 Beiräte in vier Sorten, darunter zwei ausländische, den Mitgliedern durch einen Vereinsboten zur Verfügung gestellt. Grobes Interesse an der Operantika-Gemeinschaft hat die Vereinigung von der Errichtung mehrerer Arbeitsgemeinschaften zu 1. U. (Büchermarkt) Tauschabteilung, 2. Kaufmännische Abteilung, 3. Wissenschaftliche Abteilung, 4. Arbeitsgemeinschaft für Fortgeschrittene, 5. Damen-Abteilung. Außerdem wurden noch Lösungen des Deutschen Operantika-Bundes mit geringen Änderungen angenommen, von denen jedes Mitglied ein Exemplar bekommen soll. Die am Donnerstag, den 27. Januar benannte Operantika-Kurie erfreuen sich einer regen Teilnahme. Anmeldungen können noch nächsten Donnerstag im Kurial erfolgen.

Der Stand der Brotverforgung. M. B. meldet aus Berlin: Entgegen einer Sonnabend in später Abendstunden von einer Berliner Telegraphenagentur verbreiteten Meldung, daß Reichsernährungsminister Dermes in der Reichstagskammer am Sonnabend erklärt habe, daß vom 15. Februar an die Brotration um 200 g erhöht werde und daß dieser Stand bis zum Ende des Wirtschaftsjahres durchgeführt werden soll, erfahren wir von zuständigen Stellen, daß der Minister tatsächlich nur gesagt hat, daß die Brotverforgung in dem bisherigen Umfang voraussichtlich bis zum Ende des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres aufrecht sei und daß vom 15. Februar an die Brotverforgung auf 200 Gramm erhöht wird. Diese Mitteilung war es auch, die den lebhaften Beifall des Reichstages hervorgerufen hat.

Die Grundstückebesitzer werden darauf hingewiesen, daß dem Landtage ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Erhöhung der staatlichen Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1920 von 10 auf 20 Pfennig auf die Steuerpflichtigkeit poriert. Ueber den Entwurf wird in den nächsten Tagen in der Volksversammlung des Landtages entschieden werden. Die Grundstücksbesitzer werden daher voraussichtlich damit zu rechnen haben, daß sie zum bevorstehenden Grundsteuertermin am 1. Februar 1921 fast 5 Pfennig 15 Pfennig auf die Steuerpflichtigkeit zahlen, oder falls die Grundsteuer zu diesem Termin in Höhe von 5 Pfennig auf die Einheit bereits gezahlt ist, 10 Pfennig auf die Einheit zur Erfüllung nachzutragen haben werden.

Verstaatlichung der Polizei. Das Gesamtministerium hat in seiner Sitzung vom 28. Januar beschlossen, dem Landtag eine Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Polizei vorzulegen, die die Verstaatlichung der sächsischen Polizei enthält. Danach soll die Kriminalpolizei sofort und völlig auf den Staat übernommen werden; denn sie erfüllt in der Hauptsache Aufgaben des Staates, ihre Arbeitsweise ist nicht örtlich begrenzt, sondern von allgemeiner Natur, und sie berührt nicht vorwiegend die Interessen der örtlichen Selbstverwaltung. Anders steht es auf dem Gebiete der Sicherheits- und Wohlfahrts-polizei. Hier lassen sich die Wünsche der Polizeibeamtenschaft auf vollständige Verstaatlichung der Polizei nicht erfüllen. Eine solche Verstaatlichung würde einen Eingriff des Staates in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden darstellen. Die Gemeinden vertrieben sich zwar nicht der Tatsache, daß aus organischen Gründen und infolge der Reichsfinanzreform Veränderungen im Polizeiwesen auf Kosten der Selbstständigkeit der Gemeinden unvermeidlich sind, sie fordern aber, daß in das wertvolle Gut der Selbstverwaltung nur eingegriffen wird, soweit es durch staatliche Notwendigkeit geboten ist. Dieser Forderung will die Regierung grundsätzlich Berechtigung zuerkennen und will deshalb das Polizeiwesen nur verstaatlichen, soweit es die Staatsinteressen unmittelbar oder die Gemeinden es selbst wünschen und sich ihr Wunsch verwaltungstechnisch und bei Wahrung der sonstigen Interessen des Staates erfüllen läßt. Das ist bei der Wohlfahrts-polizei keineswegs der Fall. Insbesondere die Sicherheits-polizei zu verstaatlichen sein wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu übersehen. Infolge der Unsicherheit über die endgültige Unterdrückung der sogenannten grünen Polizei, der Wünsche der Entente und der Schwierigkeiten des Polizeistandes-Ausgleichs ist alles noch im Fluße. Die Regierung kann daher keine starre Regelung vorschlagen, sondern muß sich begnügen, um die Ermächtigung zu wählen, die Polizei dort zu verstaatlichen, wo die oben gekennzeichneten Erfordernisse erfüllt sind. In welchem Umfang von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen sein wird, werden die jeweiligen Staatsverhandlungen ergeben. Jedenfalls ist die Verstaatlichung fürs nächste bei den großen Städten in Aussicht genommen, die schon jetzt besondere Polizeidirektoren haben und die in dem neuen Polizei unter Leitung eines gemeinsamen Polizeidirektors herbeigeführt.

Sozialistische Entzüge am sächsischen Landtag. Die Kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages hat folgende Entzüge eingebracht: 1. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß die Beteiligung des Religionsunterrichts aus der Schule durch ein Gesetz bestimmt wird; 2. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung hat das von ihr angekauft Grand-Union-Hotel für Wohnungszwecke zur Verfügung zu stellen. Eine Benutzung für Büropurpose muß unter allen Umständen unterbleiben; 3. Der Landtag wolle beschließen: die Regierung wird beauftragt, eine Verfügung zu erlassen, welche bestimmt, daß die Entschädigung der Gewerbegeleitbetreiber und ähnliche Ehrenämter mit dem Lohnausfall in Einklang gebracht wird.

Eine Anfrage über die Katsakroppe in Delitzsch. Die Sozialdemokraten haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Sind der Staatsregierung die